

RCDS



Ring Christlich-Demokratischer Studenten

rcds-bochum.de

B.I.E.R.

BIER macht's

Liste B.I.E.R.

bier.rub.de

ReWi



Studierende der Rechtswissenschaft

[sss](http://www.sss.de)

IL



Internationale Liste

internationalelistebochum.wordpress.com

Piraten



Piraten-Hochschulgruppe

rubpiraten.wordpress.com

GEWI



Liste der Geistes-, Wirtschafts- und Gesellschaftswissenschaften

gewibochum.wordpress.com

Vom 13. bis 17. Januar wählen die Bochumer Studierenden ein neues Parlament

Auf zur Urne!

(dh) Mitbestimmung ist ein lang er kämpftes Privileg. Dieses sollte im Idealfall von allen Studierenden wahrgenommen werden. Trotzdem lag die Beteiligung an den Wahlen zum 46. Studierendenparlament (StuPa) in 2013 nur bei 12,37 Prozent. Nicht zuletzt, weil viele Studierende gar nicht wissen, was in der Hochschulpolitik entschieden wird, oder bei welcher Liste sie ihr Kreuzchen machen sollen. Warum ist es auch an der Hochschule wichtig zu wählen? Und welche Liste wird meine Interessen verwirklichen? Wahlmüffel und Unentschlossene können in dieser Ausgabe nochmal alles Wichtige nachlesen, was sie über Wahl und KandidatInnen wissen sollten. Dazu hat die :bsz allen zwölf Listen, die zur Wahl stehen, zwölf Fragen zu ihren spezifischen Zielen und ihrer Position in Bezug auf aktuelle hochschulpolitische Debatten gestellt.

Ab Montag (13.1.) stehen die Wahlurnen bis Freitag (17.1.) bereit. In den Gebäuden Eures ersten Studienfachs sind sie gut sichtbar im Bereich der Cafeten aufgestellt. In dieser Ausgabe haben wir zudem die



Stadtorte der Urnen für Euch aufgelistet (siehe S. 4). Wahlberechtigt sind alle Studierende der RUB. Als Nachweis solltet Ihr unbedingt einen gültigen Studierendenausweis zur Wahl mitbringen. Das Kreuzchen macht Ihr dann hinter dem Namen Eures/Eurer Wunsch KandidatIn. So erhöht Ihr nicht nur die Chance des/der KandidatIn direkt ins StuPa einzuziehen, sondern auch den prozentualen Anteil der Liste, für die Euer/Eure Favoritin kandidiert.

Aber was wähle ich da genau?

Das StuPa ist das höchste beschlussfassende Gremium der verfassten Studierendenschaft. So trifft es weitreichende und zentrale Entscheidungen für Euch. Während der Vorlesungszeit kommt das Parlament einmal monatlich zur Beratung zusammen.

Es wählt und kontrolliert den Allgemeinen Studierendenausschuss (AStA), beschließt über den Haushalt sowie über die zentralen Satzungen und Ordnungen der Studierendenschaft. Dabei bilden insgesamt 35 gewählte Studierende das Gremium.

Der Haushalt, den das Studierendenparlament jährlich verabschiedet, umfasst unter anderem die Ausgaben für Kulturcafé, Semesterticket, Campusfest und studentische Veranstaltungen. Zudem werden die Ausgaben und Gelder für Fachschaften durch den Haushalt geregelt. Wer wählen geht, kann also unter anderem indirekt darauf Einfluss nehmen, was mit dem Geld aus seinem Sozialbeitrag passiert.

Wählen gehen bedeutet also, für sich und die Zukunft der Ruhr-Uni einzutreten!

Urabstimmungen und StuPa-Wahl

Schlüsselfragen im Superwahljahr

(USch, joop) Ein Novum an der Ruhr-Uni: Neben den Wahlen zum Studierendenparlament (StuPa) stehen in diesem Jahr gleich zwei Urabstimmungen an. Die :bsz hat

allen zu den StuPa-Wahlen antretenden Listen insgesamt zwölf zentrale Fragen gestellt und die eingegangenen Antworten für Euch zusammengestellt. Die :bsz-

Redaktion möchte Euch damit zumindest ein Stück weit durch das Abstimmungslabyrinth begleiten und wünscht Euch eine gute Wahl!

Welche Bilanz zieht Ihr aus der vergangenen StuPa-Periode und was würdet Ihr anders machen?

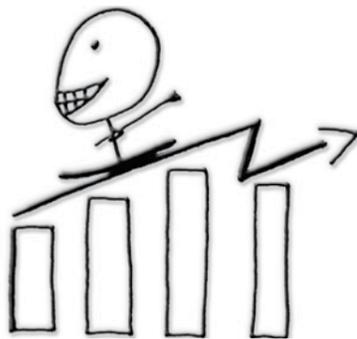
Piraten: Dass wir dieses Mal einen aggressiveren Wahlkampf machen.

IL: Alles in allem hatten wir mit unseren drei Parlamentarier*innen eine erfolgreiche Legislaturperiode. Unsere Mitglieder, die wir in die Ausschüsse entsendet haben sowie der Vorsitzende des AKAFÖ-Verwaltungsrats, der aus den Reihen der IL gewählt wurde, haben ihrerseits sehr gute Arbeit geleistet. Auf diesen Leistungen heißt es nun in Zukunft mit einer hoffentlich wieder stärkeren Fraktion aufzubauen.

Jusos: Der AStA der letzten Legislaturperiode hat so professionell und transparent gearbeitet wie nie zuvor. Wir wollen diese gute Arbeit in der kommenden Legislaturperiode weiter fortsetzen.

JuLis: Insgesamt hat das Studierendenparlament erfolgreich gearbeitet. Auch die Kommunikation zwischen den Oppositionslisten hat sich verbessert. Für die JuLis gilt es nun die Sitzanzahl auszubauen.

GEWI: In den StuPa-Sitzungen der scheidenden Legislatur wurde intensiv und viel, vor allem aber konstruktiv diskutiert. Wir hatten verschiedene Gäste, die mit ihrer Expertise diese Diskussionskultur noch weiter bereichern konnten. Anders machen würden wir nichts, wir stehen zu unseren Debattenbeiträgen und Entscheidungen.



B.I.E.R.: Wir ziehen eine positive Bilanz, weil wir die Prohibition im StuPa aufgehoben haben. So werden wir weitermachen. Wir fordern allerdings die Abschaffung von Nachtschichten im StuPa, irgendwann muss auch mal Feierabend sein, spätestens wenn das Bier alle ist!

ReWi: Wir enthalten uns zu der vergangenen Periode, denn für Außenstehende ist es leicht, die Arbeit anderer zu kritisieren.

NAWI: In der vergangenen Legislaturperiode haben wir uns vermehrt größeren Projekten wie metropolradruhr und der Theaterflat gewidmet. In der kommenden Periode wollen wir uns wieder stärker den universitären Problemen zuwenden, die das Leben der Studis konkret verbessern. Im Vordergrund stehen Erholungsbereiche, Raucherzellen und die Infrastruktur.

GHG: Außer den zwei Verträgen gab es eigentlich kaum ein Arbeitsfeld des AStA, jedoch sehr viel Streit mit den Fachschaften, intransparente Entscheidungsprozesse und eine Anhäufung an Aufgaben der Ausschüsse, die erst im letzten Moment ernsthaft zu tagen beginnen. Es fehlte das Gefühl des Miteinanders, das für eine starke Interessenvertretung der Studierendenschaft nach außen wichtig ist. Die Studierendenvertretung und ihre Möglichkeiten sind keine Selbstverständlichkeit, sondern hart erkämpft worden.

KLIB: Es war ein sehr ereignisreiches Jahr: Wir haben uns im vergangenen Jahr noch als SWIB durchgängig konstruktiv aus der Opposition heraus in die Hochschulpolitik eingebracht und u.a. bei den Themen metropolradruhr, Theater-Flatrate, Begrenzung des Internetvolumens in den Wohnheimen mitgearbeitet. Neben unserer Arbeit im SP konnten wir auch eigene Projekte wie unsere „Grill-Skillz“-Reihe, das Uni-Kickerturnier und den Kneipencheck umsetzen. Als KLIB möchten wir das aktuelle Kulturangebot ausbauen und bestehende Möglichkeiten gemeinsam besuchen und bewerben. Zudem sollte in Zukunft darauf geachtet werden, dass wichtige Beschlüsse frühzeitig behandelt werden, um Spielraum für Unvorhergesehenes zu haben.

Was wären die Kernziele Eurer Arbeit, falls Ihr am nächsten AStA beteiligt sein solltet?

B.I.E.R.: Eine studentische Campusbrauerei und Kulturarbeit natürlich.

finanziell unterstützen. Die Verbesserung der Verkehrssituation ist uns ein großes Anliegen und wir wollen endlich wieder einen politischen AStA. Außerdem gehört die Forderung der Fachschaften nach einer dritten bezahlten

Stelle auch zu den unseren Kernzielen.

GHG: Wir wollen das Ökologiereferat wieder einführen und die Deutschkurse wieder

Fortsetzung auf der nächsten Seite ▶

JuLis



Junge Liberale

facebook.com/JuLisRuhrUni

GHG



Grüne Hochschulgruppe

ghg-bochum.de

NAWI



Liste der Naturwissenschaftler und Ingenieure

nawi-bochum.de

KLIB



Kultur & Leben in Bochum

swib.bplaced.net

LiLi



Linke Liste

lili-bochum.de

Jusos



Jungsozialisten

die-reklamation.com

BIER macht's

Die B.I.E.R-Liste bezeichnet sich selbst als Satireliste und tritt nunmehr im zweiten Jahr für eine Uni-Brauerei als interdisziplinäres studentisches Projekt ein. Insgesamt stellt die Liste zehn KandidatInnen zur Wahl und ist auch mit zwei Sitzen im jetzigen StuPa vertreten.

GEWI

Die Liste der Geistes-, Wirtschafts- und Gesellschaftswissenschaften vertritt schwerpunktmäßig die Interessen der Studierenden in den G-Gebäuden. Gegründet im November 2010, ist die GEWI seit Januar 2011 kontinuierlich im StuPa vertreten – so auch in diesem Jahr mit zwei Sitzen – und stellt zusammen mit Jusos, IL und NAWI den amtierenden AstA.

GRÜNE HOCHSCHULGRUPPE

Die GHG ist die grüne Hochschulgruppe und steht damit politisch den Grünen bzw. der grünen Jugend nahe. Im StuPa ist sie als derzeit stärkste Liste mit neun Sitzen vertreten und befindet sich in der Opposition. Für die diesjährige StuPa-Wahl stellen sie 65 KandidatInnen.

IL internationale LISTE

Die Internationale Liste versteht sich als starkes Vertreterorgan der ausländischen Studierenden und setzt sich für einen interkulturellen Campus ein. Mit drei Sitzen im StuPa sowie im jetzigen AstA vertreten, tritt die IL bei den nächsten StuPa-Wahlen zum zweiten Mal als unabhängige Liste an.

JULIS

Junge Liberale

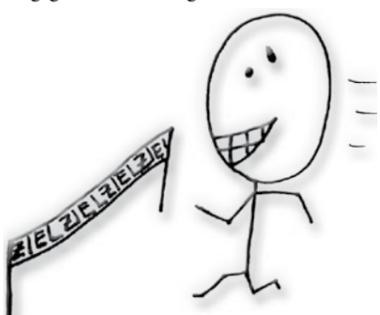
Die Jungliberalen sind eine FDP-nahe Liste und vertreten in Fragen der Forschung und Lehre einen liberalen Standpunkt. Im aktuellen StuPa ist die Oppositionsliste mit einem Sitz vertreten und tritt mit 13 KandidatInnen für die kommende Wahl an.

JUSO HOCHSCHULGRUPPE BOCHUM

Als Bestandteil der Jusos (Jungsozialistinnen, des Jugendverbandes der SPD) ist die Juso-Hochschulgruppe die sozialdemokratische Vertretung der Studierenden an der RUB und kandidiert mit 61 VertreterInnen bei der StuPa-Wahl. Die Jusos sind mit sieben Sitzen im StuPa vertreten und stellen als Teil der aktuellen AstA-Koalition den AstA-Vorsitz sowie u.a. den Finanzreferenten.

Jusos: Eines unserer wichtigsten Ziele ist es, die Abschaffung der Latinumpflicht zu einem erfolgreichen Abschluss zu bringen. Weiterhin muss ein Zukunftskonzept für die AstA-Wirtschaftsbetriebe erstellt und eine Lösung für das Problem der Versteuerung von Fachschaftspartys erarbeitet und umgesetzt werden. Das Hochschulzukunftsgesetz muss weiterhin kritisch begleitet werden. Bei einem positiven Votum durch die Studierendenschaft wird der Ausbau des metropolrad-Stationetzes ein wichtiges Thema sein.

LiLi: Hochschulpolitische Themen wie das Hochschulzukunftsgesetz, welches die Autonomie der Fachschaftsräte und der gesamten Hochschule einschränkt oder der Hochschulentwicklungsplan sind Punkte, mit denen wir uns kritisch im AstA auseinandersetzen werden. Darüber hinaus werden wir immer aktuelle Themen bearbeiten – wie die Masterplatzproblematik. Auch die mangelnde Gleichstellung der Geschlechter an der Uni ist ein Problem, dem wir uns widmen werden. Außerdem wird die Förderung Kritischer Wissenschaften von uns durch ein Vortrags- und Seminarprogramm ausgebaut werden. Wichtig ist uns dabei, dass diese Punkte zusammen mit allen studentischen Gremien bearbeitet werden und somit die Vielfalt studentischen Engagements einbezogen wird.



IL: Wir waren in dieser Legislaturperiode vor allem an kulturellen Veranstaltungen federführend beteiligt. Veranstaltungen wie das Interkulturelle Abendessen sowie der Comedy Clash und die Poetry Slams im Kulturcafé u. v. a. wurden immer größer, erfolgreicher und besser, seit die IL im AstA sitzt. Wir verorten unsere Stärken also ganz klar auf kulturellem gesellschaftlichem Gebiet. Natürlich werden wir auch immer in hochschulpolitischen Bereichen mitarbeiten und die Interessen unserer Studierenden nach bestem Gewissen vertreten. Studentische Initiativen können mit der IL immer auf einen zuverlässigen Partner

Mit welchen Listen könntet Ihr Euch am ehesten eine Koalition im Studierendenparlament vorstellen? Was wäre Euer Wunsch-AstA?

KLIB: Wir sind prinzipiell für Gespräche mit allen Listen offen – uns geht es um die Inhalte.

GEWI: Bisher haben wir mit unseren Koalitionspartnern (Jusos, NAWI, Internationale Liste; d. Red.) sehr gute Arbeit geleistet und möchten diese gern fortsetzen. Wir möchten uns aber auch anderen Listen nicht verschließen.

LiLi: Eine Koalition können wir uns generell mit Listen vorstellen, die demokratisch und sozial sind. Jedoch sehen wir kein Potential für eine Zusammenarbeit mit dem konservativen RCDS und der NAWI, da sich diese als unpolitisch darstellt, jedoch Verknüpfungen zur Alternative für Deutschland (AfD) hat und sich nicht zu einer Distanzierung von der AfD durchringen konnte.

Jusos: Wir warten zunächst das Wahlergebnis ab, bevor wir über die Bildung des AstA reden.

NAWI: Wir können mit Stolz auf die letzten beiden Jahre zurückblicken und freuen uns auf ein mögliches Fortbestehen unserer Koalition.

RCDS: NAWI, JuLis im StuPa – gleichsam eine denkbare und wünschenswerte Koalition, da verschiedene Strömungen und Standpunkte gebündelt werden könnten. Problembehandlungen und Lösungswege würden hier

vertrauen und wir werden auch stets Sorge für unsere AstA-Betriebe und Mitarbeiter*innen tragen.

NAWI: Unser höchstes Ziel ist, dass der AstA weiterhin transparent gestaltet ist und konkret auf die Wünsche und Bedürfnisse aller Studis eingeht. Deshalb fordern wir die Wiedereinführung des Referats für studentische Zusammenarbeit, das einzelne Gremien verknüpfen und eine geschlossene Studierendenschaft vor der Verwaltung repräsentieren soll.

JuLis: Grundsätzlich stehen die JuLis für einen schlanken, wirtschaftlichen und serviceorientierten AstA. Die Abschaffung der Präsenzplicht sowie die Entlastung der Verkehrssituation sind nach wie vor wichtige Themen. Mit Blick auf die jüngste Vergangenheit bekommt die Arbeit gegen Menschenfeindlichkeit und Vorurteile Priorität.

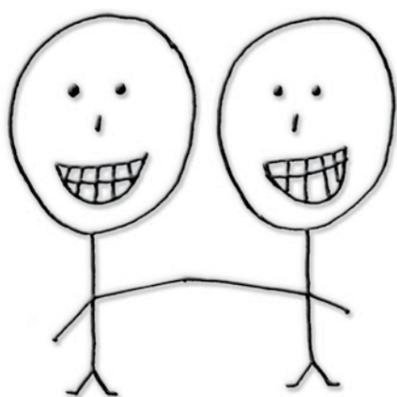
GEWI: Wir werden weiterhin das kulturelle Leben auf dem Campus fördern und aktiv mitgestalten. Wir verstehen uns als die Stimme der Studierenden der G-Reihe, sodass wir die vom AstA angestoßene Abschaffung der Latinumpflicht auch weiterhin konstruktiv mitgestalten werden.

RCDS: Der Fokus liegt deutlich auf der Stärkung von Fachschaften und Verbesserungen der Studienbedingungen mit Fokus auf fachspezifischen Problemen.

KLIB: Unser zentrales Ziel ist es, das kulturelle Leben der Studierenden an der Universität und in der Umgebung zu bereichern. Die Durchführung von weiteren Poetry Slams, Lesungen, Konzerten und Neuerungen wie Filmreihen, Kickerturniere und ähnliches sind da erst der Anfang! Außerdem ist es uns wichtig, das kommerzielle Plakatieren an der Uni unter Kontrolle zu bekommen, damit Fachschaften, Wohnheime, Initiativen und andere studentische Gruppen eigene Veranstaltungen und Projekte auf dem Campus effektiv bewerben können.

ReWi: Unser Kernziel ist erreicht, sobald wir am AstA beteiligt sind. Wir werden uns im AstA aber in erster Linie für die gerechte Mittelverteilung für die Fachschaften einsetzen.

Piraten: Eine Umstrukturierung der :bsz, die die Redakteure einer neutralen Gruppe von Studierenden unterstellt, sodass eine neutrale Berichterstattung garantiert werden kann.



auf einem breiten Fundament behandelt werden können.

IL: Unser klares Ziel ist die Fortführung unserer bisher sehr erfolgreichen Zusammenarbeit mit Jusos, NaWi und GeWi. Dies ist das Mindestgebot, mit dem wir ins Spiel gehen werden.

Natürlich werden wir im Laufe des Wahlkampfes die Inhalte weiterer Listen kritisch beäugen und sind offen für weitere Listen, die unseren AstA inhaltlich bereichern könnten, sofern sich unsere Ansichten decken.

GHG: Wir wollen einen linken AstA bilden und können uns so auch nur mit linken Listen eine Koalition vorstellen.

Piraten: Wir sind für jede Koalition offen, die uns hilft, unsere Ziele durchzusetzen und demokratisch arbeitet.

ReWi: Als Koalitionspartner können wir uns insbesondere die NAWIs und die JuLis vorstellen.

B.I.E.R.: Unser Wunsch-AstA ist B.I.E.R.-geführt. Wir werden mit jedem koalieren, der dem Umbau des AstA zu einer Campusbrauerei zustimmt. Nein, Scherz, das muss nicht sein. Wir finden schon einen anderen Platz für die Brauerei.

Seid Ihr der Ansicht, dass sich der AstA nur zu hochschulbezogenen oder auch zu allgemeinpolitischen Themen positionieren sollte?

IL: Für uns liegen hochschulpolitische und allgemeinpolitische Themen sehr nah beieinander, und wir werden uns weiterhin dafür einsetzen, dass allgemeinpolitische Themen bei Vortragsreihen und weiteren Veranstaltungen thematisiert bzw. unterstützt werden.

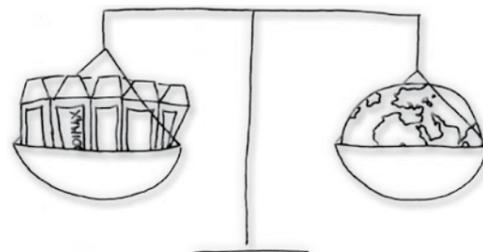
NAWI: Die diesbezüglich wichtigste Aufgabe des AstA sind die hochschulbezogenen Themen. Allgemeinpolitische Themen sollten unserer Meinung nach nach der jeweiligen studentischen Relevanz behandelt werden.

Jusos: Jeder AstA sollte sich zu allen politisch und gesellschaftlich relevanten Themen äußern dürfen. Student*innen sind ein wichtiger Teil der Gesellschaft. Daher fordern wir die Einführung des allgemeinpolitischen Mandates für alle Asten in ganz Deutschland.

RCDS: Der AstA sollte sich durchaus zu allgemeinpolitischen Themen äußern, hier aber mit der Einschränkung, dass diese Thematiken auch die Hochschulpolitik, zumindest peripher, betreffen.

ReWi: Nach § 55 Abs. 1 HG vertritt der AstA die Studierendenschaft. Sofern also allgemeinpolitische Themen die Studierendenschaft betreffen, sollte auch der AstA sich zu solchen Themen äußern dürfen.

B.I.E.R.: Bier ist definitiv ein allgemeinpolitisches Thema und unser Kern, von daher ist die Frage schon durch unsere Praxis beant-



wortet.

KLIB: Wir sind der Meinung, dass sich Hochschulpolitik und allgemeinpolitische

Themen nicht scharf trennen lassen, da die Uni kein abgeschlossener Mikrokosmos und das studentische Leben nicht auf den Campus beschränkt ist. Jedoch sollte der AstA seinen Schwerpunkt auf hochschulpolitische Themen legen.

GEWI: Der AstA sollte sich zu allgemeinpolitischen Themen positionieren dürfen. Leider sieht das der Gesetzgeber derzeit nicht vor. (Die gesetzlichen Regelungen divergieren zwischen den einzelnen Bundesländern.) Der Fokus eines AstA sollte aber auf der Hochschulpolitik liegen.

JuLis: Der AstA sollte zu den Themen Stellung beziehen, die das Leben an der Uni direkt beeinflussen.

GHG: Wir sind der Meinung, dass der AstA auch Verantwortung über den Campus hinaus übernehmen soll.

Piraten: Auf jeden Fall auch zu allgemeinpolitischen Themen.

LiLi: Da das Leben der Studierenden nicht an der U35-Haltestelle endet, halten wir das Engagement der Vertretung der Studierenden in allen Belangen ihres Lebens für notwendig und werden uns in diesem Sinne für die Studierendenschaft stark machen.

Derzeit wird der Entwurf für ein „Hochschulzukunftsgesetz“ (HZG) diskutiert, welches das unter Schwarz-Gelb 2006 verabschiedete „Hochschulfreiheitsgesetz“ ablösen soll. Was haltet Ihr vom HZG-Entwurf insgesamt? Welche Punkte sollten verändert werden?

GEWI: Das HZG beinhaltet zum einen begrüßenswerte Änderungen, wie einen weitestgehenden Verzicht auf Tierversuche und verstärktes Engagement bei Inklusion und Gleichstellung. Andererseits scheint das Land mehr Einfluss, planerisch wie ökonomisch, ausüben zu wollen. Die Rolle der Hochschulräte sollte eher eingeschränkt als weiter gestärkt werden.

LiLi: Wir unterstützen die Stellungnahme der Fachschaften, die klarstellt, dass die Autonomie und die demokratische Selbstverwaltung der Studierendenschaft nicht beschnitten werden darf. Der Hochschulrat muss seine Entscheidungskompetenzen an den Senat abgeben und nicht umgekehrt.

Jusos: Im Entwurf wird die Beteiligung der Studierenden gestärkt, das finden wir gut. Oft sind jedoch Passagen enthalten, in denen die Autonomie der Hochschulen oder der verfassten Studierendenschaft eingeschränkt werden soll. Diese Punkte müssen vor der Verabschiedung dringend verbessert werden.

KLIB: Wir halten eine Überarbeitung des alten „Hochschulfreiheitsgesetzes“ für dringend notwendig – allerdings gibt es auch im neuen Gesetzesentwurf Probleme. Uns ist aber klar, dass diese nicht an einer einzelnen Uni diskutiert oder gelöst werden können. Daher streben wir eine intensive Vernetzung mit den anderen NRW-Asten zum Thema „HZG“ an, um eine gemeinsame, starke Position zu entwickeln.

IL: In puncto Lehre und Studium sind Verbesserungen eingeflossen, die wir begrüßen. Das Studium muss so ausgerichtet sein, dass es in der Regelstudienzeit bewältigt werden kann. Dazu gehört insbesondere die Regelung, die Module mit nur einer Prüfung abschließen zu können. Ganz besonders begrüßen wir die weitestgehende Abschaffung der Anwesenheitspflicht, die nur noch in Ausnahmen besteht.

B.I.E.R.: Es steht überhaupt nichts von finanzieller Unterstützung ohne Gegenleistung für

studentische Campusbrauereien drin, das muss sich natürlich noch ändern.

NAWI: Das HZG bietet viele Chancen, jedoch muss darauf geachtet werden, dass es eine Verbesserung und keine Einschränkung für die Studis darstellt. Um konkret auf das HZG einzugehen, ist hier jedoch zu wenig Platz. Auf nawi-bochum.de findet Ihr mehr Details zu unserem Standpunkt.

GHG: Den Entwurf begrüßen wir erst einmal grundsätzlich, da dieser in vielerlei Hinsicht besser als das alte Hochschulfreiheitsgesetz ist, jedoch nicht in jeder. So soll zum Beispiel der Hochschulrat beibehalten werden, der weiterhin Kompetenzen des Senats übernimmt. Dies muss geändert werden.

JuLis: Das „Hochschulrücktrittsgesetz“ ist eine Farce. Die Unis dürfen unter keinen Umständen an die kurze Leine der Wissenschaftsministerin genommen werden. Der Gesetzesentwurf setzt nicht auf Wissenschaftsfreiheit und Hochschulautonomie, sondern auf staatliche Lenkung und lähmende Bürokratie. Besonders die Vorgaben über Rahmenprüfungsordnungen und die versteckte Zivilklausel müssen aus dem Entwurf verschwinden. Wenn die RUB sich eine Zivilklausel geben möchte, muss das in einem demokratischen Prozess vor Ort diskutiert und abgestimmt werden. Die Möglichkeit Studierende gesetzlich zwangszuexamtrikulieren, wenn sie einen bestimmten Zeitrahmen nicht einhalten, ist ein Schlag ins Gesicht für jeden, der sich ehrenamtlich an der Uni engagiert. Insgesamt ist eine zentralisierte Steuerung hinderlich und schlicht inakzeptabel.



Im Zuge der HZG-Novellierung soll aus Geldern der Studierendenschaft künftig ein hochbezahlter „Kassenwart“ vergütet werden, der die Aufsicht über sämtliche AStA-Ausgaben hätte – inklusive Veto-Recht. Wie steht Ihr dazu?

GHG: Das wäre ein harter Eingriff in die studentische „Selbstverwaltung“ und damit für uns ein No-Go.

B.I.E.R.: Diese Stelle würde sehr viel Geld kosten. Ob dadurch etwas eingespart würde, ist zweifelhaft. Von diesem Geld könnte z. B. auch alle 5 Jahre eine Mensaparty in den Sand gesetzt werden. Wenn das durchgedrückt wird, bleibt nur noch die Hoffnung, ihn mit Bier zu bestechen.

LiLi: Dies lehnen wir ab, denn es steht im eindeutigen Widerspruch unserer Forderung nach Autonomie der Fachschaften. Zudem entstünde dadurch eine unverhältnismäßige finanzielle Zusatzbelastung der Studierendenschaft.

JuLis: Dieser Vorschlag macht einmal mehr deutlich, wie sehr die rot-grüne Landesregierung den Studierenden und ihren gewählten Vertretern misstraut. In einem funktionierenden, vernünftig arbeitenden AStA ist diese zusätzliche Ausgabe absolut nicht notwendig. Die ASten müssen sich an Recht und Gesetz halten – unabhängig davon, ob für diese Überprüfung ein Kassenwart bezahlt wird oder nicht.

RCDS: Sollte dieser als „externe“ Aufsichtsperson eingestellt werden, kann man diesen Vorschlag nur ablehnen; das Pflichtverständnis der agierenden Personen im Bereich Finanzen kann auf diese Weise nicht angegriffen werden.

NAWI: Wir sehen seitens des AStA-Finanzreferenten eine sehr hohe Arbeits- und Verantwortungsbelastung. Der dargestellte Posten stellt jedoch unserer Meinung nach keinen Mehrwert für die Studierendenschaft dar, da diese Person entweder Aufgaben übernehmen würde, die unsere Sekretärinnen als Kassenverwaltung schon erledigen, oder einen zweiten teuren Finanzreferenten darstellen würde. Somit entstünden nur unnötige Kosten für die Studierenden.

Wie schätzt Ihr den derzeitigen Stand der Campussanierung ein und welche Rolle sollten hierbei ökologische Aspekte aus Eurer Sicht spielen?

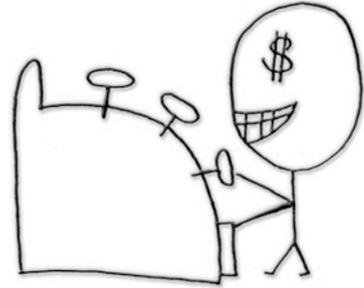
ReWi: Wir begrüßen eine nachhaltige Campussanierung.

GEWI: Die Sanierung schreitet zwar voran, jedoch müssen einige Gebäude noch lange darauf warten. Hier wäre eine Beschleunigung mehr als wünschenswert. Ökologische Aspekte müssen eine wichtige Rolle spielen, da natürliche Baustoffe kaum Gefahr laufen, sich in wenigen Jahren als Giftstoff zu entpuppen.

KLIB: Die Kernsanierung des Gebäudes IC hat gezeigt, dass es hinsichtlich ökologischer Verfahrensweisen Verbesserungsbedarf gibt. Wir hoffen, dass bei der weiteren Sanierung aus Fehlern gelernt wird. Für uns mit am wichtigsten ist, dass den Fachschaften ausreichende Räumlichkeiten zur Verfügung gestellt werden!

LiLi: Mit dem BLB (Bau- und Liegenschaftsbetrieb, d. Red.) als Vermieter der Uni-Gebäude muss man hier eine gute Lösung finden, die Campussanierung ökologisch und sinnvoll mit der Lösung der wachsenden Raumproblematik zu verbinden. Die Einbeziehung der studentischen Gremien ist für uns ein wichtiger Punkt.

B.I.E.R.: Wir hoffen, dass in den sanierten Gebäuden keine Vertreibung der studentischen Kultur stattfinden wird und passen da ganz genau auf. Natürlich muss die Campus-



KLIB: Das sehen wir aufgrund des großen Eingriffs in die studentische Selbstverwaltung kritisch!

ReWi: Wir denken, dass die derzeitigen Instrumente der Landesregierung ausreichend sind, um über die Ausgaben des AStA zu wachen. Zudem wirtschaftet der AStA mit Geldern der Studierenden, folglich sollten auch nur gewählte Vertreter der Studierendenschaft über Ausgaben entscheiden dürfen.

IL: Diese Aufsichtsposition wird bisher vom AStA-Vorsitz und dem Vorstand ausgeführt und ist dort weiterhin gut aufgehoben. Außerdem unterzieht sich der AStA einer Kontrolle durch den Haushaltsausschuss des StuPa. Die Einführung eines solchen „Kassenwartes“ sehen wir entsprechend sehr kritisch, da sich zudem Legitimationsfragen aufwerfen würden.

GEWI: Ein solcher „Kassenwart“ stellt – abgesehen von einer enormen finanziellen Belastung – einen unverschämten Eingriff in die Autonomie der Studierendenschaft dar. Eine Einführung (einer solchen *Finanzaufsicht*, d. Red.) wäre ein Skandal sondergleichen.

Jusos: Der „Kassenwart“ (Beauftragte/-r für den Haushalt) darf auf keinen Fall kommen. Er würde die Studierenden jährlich einen hohen fünfstelligen Betrag kosten. Das steht in keinem Verhältnis zum Nutzen und stellt darüber hinaus einen erheblichen Eingriff in die Autonomie der verfassten Studierendenschaft dar, der so nicht hinnehmbar ist.

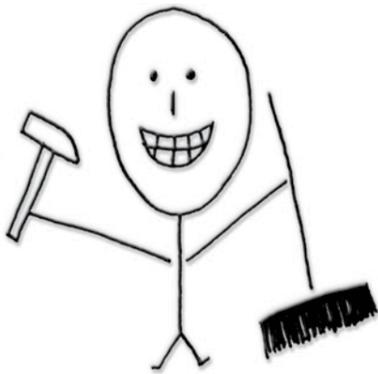
brauerei bei der Campussanierung berücksichtigt werden. Des Weiteren sollten nach dem Umbau wieder studentische Partys in den Gebäuden möglich sein.

NAWI: Bei der Campussanierung muss verstärkt auf die technische Infrastruktur eingegangen werden, um weiche Standortfaktoren zu fördern. Der ökologische Aspekt sollte dabei eine der zentralsten Rollen spielen, beispielsweise mit einer Betriebskostenoptimierung insbesondere vor dem Hintergrund der zukünftig steigenden Energiepreise.

GHG: Hier wird für die Zukunft gebaut! Ökologische Aspekte müssen eine größere Rolle spielen, um auch den immensen Energieverbrauch der Uni unter Kontrolle zu bekommen.

Jusos: Die Campussanierung kommt derzeit gut voran. Nachhaltigkeit und Ökologie sind hier von hohem Stellenwert, denn sie bedeuten nicht allein Vorteile für die Umwelt, sondern für alle Beteiligten. Insbesondere vor dem Hintergrund der Energiekosten der RUB ist Ökologie auch wirtschaftlich sinnvoll.

JuLis: Die Campussanierung hinkt katastrophal hinterher. Die Barrierefreiheit ist nach wie vor ein schlechter Scherz. Ökologische Aspekte sollten berücksichtigt werden, aber nicht mit oberster Priorität. Es sollte ein sinnvoller Ausgleich zwischen Nutzen, Ökologie und Wirtschaftlichkeit erzielt werden.



Was haltet Ihr vom aktuellen Hochschulentwicklungssplan (HEP 3) im Allgemeinen und insbesondere hinsichtlich der geplanten Neustrukturierung des Optionalbereichs?

Piraten: Wir finden, dass dies eine Einschränkung des Studiums ist.

IL: Wir begrüßen die Neustrukturierung, möchten aber von einer Verschulung des Optionalbereichs abraten. Wir halten ein Konzept, das sich individuellen Interessen und Fähigkeiten anpasst, für sinnvoller als ein „Paket“ an bestimmten Kursen, die belegt werden. Hierbei sollte es mehr Optionsfreiheit geben, sodass nicht immer nur Kenntnisse einer bestimmten Richtung erworben werden.

JuLis: Die Neustrukturierung ist an vielen Stellen verbesserungsbedürftig. Es muss endlich echte Wahlfreiheit im Optionalbereich herrschen. So sollten die CP-Anforderungen die europäischen Standards nicht überschreiten, die Präsenzplicht gehört abgeschafft, dauerhafte Praktika müssen fair entlohnt und der Optionalbereich für alle flexibilisiert werden. Die Knappheit von Masterplätzen ist nach wie vor hochgradig problematisch. Eine weitere Verschulung und Verschärfung der bestehenden Situation lehnen wir ab.

NAWI: Die geplante Neustrukturierung des Optionalbereichs bietet einen kleinen Vor- und einen großen Nachteil. Der Optionalbereich würde individuell gestaltbarer, jedoch würden die Wahlmöglichkeiten weiter eingeschränkt und das Studium noch verschulter.

Jusos: Der HEP geht allgemein in die richtige Richtung. Insbesondere in puncto Internationalisierung der Ruhr-Universität. Im Rahmen der Umgestaltung des Optionalbereichs gibt es einige Vorschläge, die nicht unsere Zustimmung finden. Wir werden uns dafür einsetzen, dass die Wahlfreiheit im Optionalbereich auch in Zukunft vollumfänglich erhalten bleibt.

LiLi: Wir haben uns in diversen Gremien

Wie bewertet Ihr den bisherigen Umgang mit dem doppelten Abi-Jahrgang und habt Ihr hierzu Verbesserungsvorschläge?

RCDS: Obwohl die Verwaltung der RUB im Vorfeld versicherte, Maßnahmen getroffen zu haben und diese so umsetzen zu können, dass das Studienleben auf dem Campus „gewohnt“ abläuft, kann jeder Studierende, der den Hochschulalltag erlebt, mit Sicherheit feststellen, dass dies nur eingeschränkt richtig ist. Überfüllte Mensa, überfüllte Hörsäle sind als Beispiele wohlbekannt.

B.I.E.R.: Der doppelte Abiturjahrgang wäre perfekt gewesen, um mal endlich den Studiengang „Bierologie“ zu etablieren – dann hätten die Studis auch mehr Auswahl gehabt. Leider hat die Universität dies verpasst. Aber es ist ja noch nicht zu spät dafür. Die Sperrung von Gebäudeteilen (z. B. IA und IB) sowie der schließende Neubau (GD) trug zu einer intensiveren Kennenlernphase auch außerhalb der U35 bei.

GHG: Von allen gefürchtet war dieser Jahrgang und doch scheinen alle Studierenden in Hörsälen untergekommen zu sein. Wie es jedoch mit dem Wohnraum aussieht, ist kaum nachzuvollziehen. Bei der An- und Abreise per ÖPNV und Auto/Fahrrad gibt es noch Verbesserungsbedarf. Wenn alle Stationen an der U35 fertiggestellt sind, mag dies zwar zu einer Entlastung führen können, jedoch reicht dies bei weitem nicht aus! Bei den Fragen Shuttlebus, Parkplätze, Ausbau von Radwegen gibt es noch viel Handlungsspielraum. Die U35 ist leider schon an ihre Grenzen gestoßen.

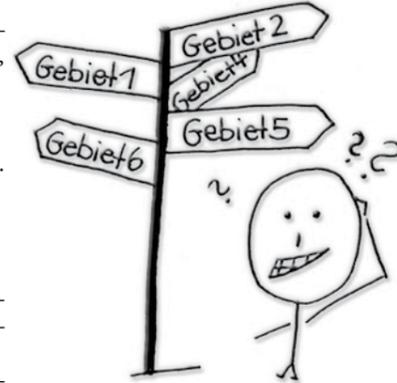
NAWI: Das Projekt RUB.2013 hat dieses Jahr bereits durch neue Hörsäle und Strukturen für eine im Vergleich mit anderen Unis gute Ausgangssituation gesorgt. Verbesserungen fordern wir aber konkret bei der Parkplatzsituation und den überfüllten Vorlesungen.

ReWi: Wir können derzeit nur die Situation an der juristischen Fakultät beurteilen. Das Angebot der Lehre ist umfangreicher und vielseitiger als in den Jahren zuvor und auch

dafür eingesetzt, diese Novellierung in akzeptable Bahnen zu lenken. Ein freies Profil sowie die Reintegrierung von ausgegliederten Lehrinhalten einiger Studiengänge sind für uns die Hauptanliegen.

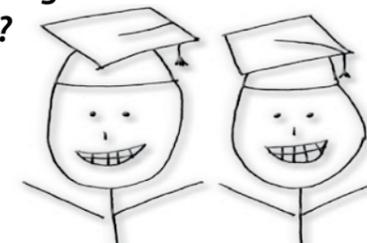
GEWI: Insgesamt ist der Inhalt des HEP 3 in Ordnung. Der neu strukturierte Optionalbereich hat einen kleinen Vor- und einen großen Nachteil: Man kann der eigenen Vita durch die Profile einen Stempel aufdrücken. Jedoch werden die Studierenden auch in ihren Wahlmöglichkeiten eingeschränkt.

GHG: Die Uni-Leitung hat einen unzumutbaren Vorschlag zum Optionalbereich vorgelegt, der dringend geändert werden muss.



ReWi: Der Optionalbereich ist der Rechtswissenschaften wesensfremd, daher überlassen wir Äußerungen hierzu den Betroffenen.

B.I.E.R.: Wir vermissen gastronomische und kulturelle Aspekte des Campuslebens. Und wie schon letztes Jahr fordern wir weiterhin das Modul „Bierologie“ als Testphase für einen eigenen Studiengang im Optionalbereich zu etablieren. Wenn Veränderungen im Optionalbereich, dann nur mit diesem Modul.



die Kursgrößen haben deutlich abgenommen, was nicht zuletzt durch Buchstabengruppen für tendenziell besser besuchte Veranstaltungen bewerkstelligt wurde.

Jusos: Die Verwaltung hat sich gut auf den doppelten Abi-Jahrgang vorbereitet und auch die Zusammenarbeit mit dem AStA hat sehr gut funktioniert. Der „Ansturm“ ist von allen Akteur*innen gut bewältigt worden. Probleme sehen wir jedoch weiterhin bei der U35, die deutlich überlastet ist. Hier sollten zusätzliche Verbesserungen erfolgen. Das Angebot „metropolradruhr“ geht hier definitiv in die richtige Richtung.

KLIB: Natürlich könnten wir hier populistische Forderungen nach mehr Bahnen und größeren Hörsälen platzieren. Wir sehen, dass sich alle Beteiligten reinhängen. Ein wichtiger Punkt für uns ist, dass für alle Studis bezahlbarer Wohnraum erhalten bleibt.

IL: Wir haben die Entwicklung des Projekts RUB.2013 seit Anbeginn mitverfolgt. Es war eine hervorragende Zusammenarbeit, die weiterhin von uns begleitet werden möchte. Dank der Projektgruppe bemerkte man statt dem gefürchteten „Ansturm“ der Ersts nur ein laues Lüftchen.

GEWI: Insgesamt hat die Uni den doppelten Abi-Jahrgang gut in den Griff bekommen; das befürchtete Chaos blieb aus, auch wenn die U-Bahn zu Stoßzeiten recht voll ist. Als AStA-tragende Liste begleiten wir die bestehenden Maßnahmen kritisch. Verbesserungsbedarf gibt es insbesondere in der Mensa, wo die Schlangen überhand nehmen. Dies werden wir zusammen mit dem Akafo angehen.



Hinter „Kultur & Leben in Bochum“ verbirgt sich die derzeitige Oppositionsliste, die bisher unter dem Namen „SWIB“ bekannt war und momentan zwei Mandate im StuPa hat. Seit 2006 arbeitete „Schöner Wohnen in Bochum“ vor allem für die Verbesserung der Wohnheimsituation und hatte früher das AStA-Referat Kultur und Wohnen inne. Mit der Namensänderung soll das kulturelle Engagement hervorgehoben werden. KLIB tritt mit 42 KandidatInnen zur StuPa-Wahl an.



Die parteiunabhängige Linke Liste existiert seit 1997 und nimmt nach einjährigem Aussetzen wieder an den Wahlen teil. Sie war zuletzt von 2008 bis 2012 an mehreren linken ASten beteiligt. Gesellschaftskritik mit Hochschulpolitik zu verbinden ist das Ziel der Linken Liste, die Veranstaltungen zu emanzipatorischen Themen organisiert und alternative Kulturangebote unterstützt. Bei der Linken Liste kandidieren 136 Studierende.



Seit 2009 sind in dieser Liste Studierende der Natur- und Ingenieurwissenschaften organisiert. Die NAWI konzentriert sich allein auf hochschulpolitische Themen, so auch im amtierenden AStA, an dem die NAWI beteiligt ist. Sie will dabei ideologiefrei und pragmatisch arbeiten, weshalb sie sich auch nicht in das klassische politische Spektrum einordnen lassen möchte. Die NAWI ist derzeit mit sieben Sitzen im StuPa vertreten und schickt 54 KandidatInnen ins Rennen.



Der Ring Christlich-Demokratischer Studenten tritt für christdemokratische, liberale und konservative Werte ein. Der RCDS befürwortet eine Leistungsorientierung in Forschung und Lehre sowie eine stärkere internationale Ausrichtung. Zu den Angeboten des RCDS zählen Studienplatz- und Praktikumsbörsen. Für die Wahlen 2014 hat die Oppositionsliste (ein Sitz im StuPa) acht KandidatInnen aufgestellt.



Die Liste wurde erst vor wenigen Wochen von Mitgliedern des Fachschaftsrats Rechtswissenschaften gegründet und schickt 3 KandidatInnen ins Rennen.



Die Hochschulgruppe der Piratenpartei ist im aktuellen Studierendenparlament mit einem Sitz in der Opposition vertreten. Sie fordert mehr Transparenz und Mitbestimmung und engagiert sich bei sozialen Kampagnen wie UmFAIRteilen. Die RUB-Piraten schicken eine Crew von 8 KandidatInnen auf Stimmenfang.

Welche Position vertreten Ihr bezüglich des Vorschlags, in die Hochschulverfassung der Ruhr-Uni eine Zivilklausel aufzunehmen, die künftig Rüstungsforschung an der RUB sowie Werbeveranstaltungen der Bundeswehr auf dem Campus unterbinden würde?

Jusos: Die Jusos fordern seit Langem eine Zivilklausel und stehen daher einer Einführung einer Zivilklausel auf dem Campus sehr positiv gegenüber. Die neusten Enthüllungen über die Forschung des US-Militärs auf dem Campus zeigen, dass es an der Zeit ist, klare Regelungen zu schaffen.

ReWi: Wir denken, dass eine Einschränkung der Forschung, die den

Ausschluss der Rüstungsforschung zum Ziel hat, nicht mit der allgemeinen Forschungsfreiheit des Grundgesetzes im Einklang steht. Zudem sollte interessierten Studierenden nicht die Möglichkeit genommen werden, sich bei einem Campus-Besuch der Bundeswehr über deren Arbeit zu informieren.

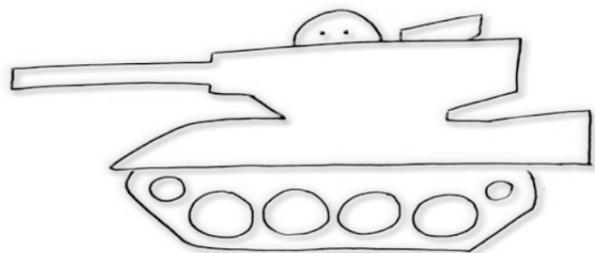
IL: Die Internationale Liste hält eine Zivilklausel für rechtmäßig und notwendig. Forschung für das Militär hat nach unserer Auffassung von einem friedensfördernden Campus dort nichts zu suchen. Wir verurteilen Forschungsprojekte, die von Rüstungsfirmen und dem Verteidigungsministerium stammen und gezielt für menschenfeindliche Zwecke benutzt werden. Wir sehen die jeweilige Hochschule in der Verantwortung, die Grenze zwischen ziviler und militärischer Forschung zu ziehen und bestmöglich abzuheben, ob sich die jeweiligen Projekte für Kriegseinsätze nutzen lassen.

GEWI: Wir begrüßen die im HZG verankerte Friedensklausel und halten diese für ausreichend, um Rüstungsforschung an der RUB zu unterbinden, ohne Unternehmen von der Finanzierung friedlicher Projekte auszuschließen. Werbeveranstaltungen der Bundeswehr sehen wir weniger kritisch, da alle Studierenden mündig genug sind, um selbst zu entscheiden, ob dieser Arbeitgeber für sie infrage kommt.

GHG: Wir haben dazu einen Antrag ins StuPa eingebracht. Eigentlich ist die Forderung danach schon längst überfällig. Wir wollen eine zivile Universität, die nicht für Kriegszwecke forscht oder wirbt.

JuLis: Wir sind strikt gegen Zivilklauseln. Die Bundeswehr ist ein Teil der Zivilgesellschaft. Eine pauschale Verteufelung und Reduzierung auf Militarismus lehnen wir ab. Die Uni ist keine moralische Instanz, die den Studierenden eine Meinung diktieren soll. Eine Abgrenzung zwischen „Militär-

forschung“ und „Zivildforschung“ ist nicht durchführbar. GPRS („General Packet Radio Service“, d. Red.) und das Internet sind beste Beispiele dafür. Darüber hinaus nimmt die Bundeswehr nach dem Grundgesetz viele



nichtmilitärische Aufgaben wahr und sollte sich aus diesen Gründen als Arbeitgeber präsentieren dürfen. Eine eigene Meinung zu diesem Thema sollten sich die Studierenden an der RUB selbst bilden dürfen.

LiLi: Wir begrüßen diese Idee, da wir die Universität als einen Ort des Dialogs sehen, an dem Werbung und Forschung für den Krieg keinen Platz haben sollten.

RCDS: Ein explizites Verbot halten wir für überspitzt, es ist jedem Studierenden und Absolventen frei überlassen, ob er auf diesem Gebiet tätig werden möchte oder nicht. Zumal das Verbot an der Ruhr-Universität nichts anderes als „ein kleiner Tropfen auf den heißen Stein“ wäre, da dieses Forschungsgebiet auf andere Universitäten verlagert werden und eventuelle monetäre Unterstützungen von der Uni wegfießen würden.

NAWI: Auch die Bundeswehr ist ein Arbeitgeber, der durch Werbemaßnahmen an seine Arbeitskräfte kommen muss. Jeder Studierende sollte sich mit dem Thema selbst beschäftigen und entscheiden, ob er diesen Weg für sich einschlagen möchte. Eine Diskriminierung oder Ausschließung der Bundeswehr ist nicht anzustreben, da niemand gezwungen wird mitzumachen – allerdings muss die Universität transparent über die Bundeswehr auf dem Campus aufklären.

B.I.E.R.: Bier ist weltoffen, international, tolerant und steht vor allem für Zusammenkommen und seine Probleme in Diskussionen lösen. Von daher könnte die Zivilklausel auch einfach in Bierklausel umbenannt werden und alle, die Konflikte lieber mit Waffen lösen wollen, kriegen kein Bier aus der campuseigenen Brauerei. Und wer Krieg vorantreibt, ist gegen Bier. Krieg verbraucht Ressourcen und in jedem Krieg wurde die Bierproduktion massiv zurückgeschraubt.

Was ist Eure Meinung zur Kampagne „Uni ohne Vorurteile“, die im Sommersemester gestartet werden soll?

LiLi: Diese Kampagne wurde als erstes von der Linken Liste und dem Frauen- und Lesbenreferat gefordert, darum freuen wir uns, dass die Idee aufgenommen wurde und werden die Kampagne mitgestalten.

GHG: Eine wichtige Kampagne, bei der wir hoffen, dass weitere andere Akteur*innen gegen Rechts aus der Region einbezogen werden.



KLIB: In aller Kürze: Für uns ist dies ein guter Ansatz!

Jusos: Diese Kampagne ist auf jeden Fall zu begrüßen. Rechtes Gedankengut hat an unserer Uni nichts zu suchen und Rechtsextremen muss daher entschieden entgegengetreten werden. Wir sind jedoch der Meinung, dass dieser Weg nur über Aufklärung, nicht mit Gewalt, zu beschreiten ist. Wir stehen

Was haltet Ihr vom Vertrag zwischen Studierendenschaft und „metropolradruhr“ sowie der „Theater-Flatrate“ mit dem Schauspielhaus? Würdet Ihr den Studierenden raten, bei der kommenden Urabstimmung hierüber eher „Ja“ oder „Nein“ zu stimmen?

NAWI: Natürlich raten wir den Studierenden mit „Ja“ zu stimmen. Denn es sind beides Projekte, die von der NAWI initiiert und mit der Koalition erarbeitet wurden. Wir glauben, dass wir mit den Verträgen sehr zufrieden sein können. Besonders der Vertrag mit Nextbike, der in reger Zusammenarbeit mit der Opposition entstanden ist, stellt ein gelungenes Werk dar.

ReWi: Grundsätzlich begrüßen wir diese beiden Projekte. Die Studierenden sollten bei der kommenden Urabstimmung mit „Ja“ stimmen.

JuLis: Bezüglich der Theater-Flatrate empfehlen wir mit „Ja“ zu stimmen, wenn Ihr denn dieses Angebot nutzen möchtet. Bezüglich metropolradruhr empfehlen wir mit „Nein“ zu stimmen. Die Nutzungsstatistiken zeigen, dass das jetzige Konzept hochgradig unwirtschaftlich ist und die Nutzung in keinem Verhältnis zu den Kosten steht. (Es müssten drei Mal mehr Studierende das Angebot nutzen, um die Kosten annähernd zu decken. Dafür sind aber nicht genug Räder vorhanden!) Darüber hinaus hat das Projekt die angespannte Verkehrssituation auf dem Campus in keinem Fall entlastet und die gesamte Verkehrsinfrastruktur Bochums ist nicht bereit für intensiven Fahrradverkehr.

für eine friedliche und bunte RUB.

Piraten: Wir finden diese Aktion gut. Vorurteile und Diskriminierung haben an der RUB keinen Platz verdient.

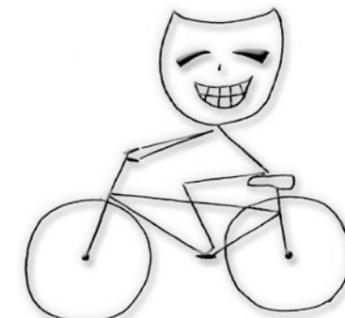
GEWI: Die Uni Bielefeld hat sehr gute Erfahrungen mit der Kampagne gemacht und es ist richtig und wichtig, dass sie hier adaptiert wird. Dabei müssen Studierendenschaft und

Verwaltung Hand in Hand arbeiten. Allerdings ist mehr als eine einzelne Kampagne nötig, um Vorurteile gänzlich abzubauen.

NAWI: Es ist ein Schritt in die richtige Richtung, den wir befürworten. Wir möchten sogar noch einen Schritt weiter gehen und fordern, dass sich das Referat für politische Bildung im kommenden Jahr genauer mit diesem Thema auseinandersetzt.

Jusos: Wir empfehlen den Studierenden bei beiden Fragen mit „Ja“ zu stimmen, da wir von beiden Projekten absolut überzeugt sind.

RCDS: Die Grundsatzidee würden wir empfehlen mitzutragen. Wir sind dennoch der Meinung, dass nicht jeder Studierende diese Angebote wahrnehmen wird, sodass das Finanzierungsmodell eher überdacht werden sollte, bevor man jeden Studierenden zur Kasse bittet. Somit würden wir die Empfehlung „Nein“ zum jetzigen Modell aussprechen.



GEWI: Wir begrüßen beide Flatrates. metropolradruhr bietet uns individuelle und ökologische Mobilität in ganz NRW; und dass ein Euro pro Semester für beliebig viele Besuche im Schauspielhaus ein unschlagbares Angebot ist, steht ohnehin außer Frage. Wir legen allen Studierenden ans Herz, zwei Kreuze bei „Ja“ zu machen.

Piraten: Wir haben dies bereits auf unserer Mitgliederversammlung besprochen und können den Studierenden einstimmig dazu raten, bei beiden Verträgen mit „Ja“ abzustimmen.

GHG: Wir raten, für beide Projekte mit „Ja“ zu stimmen. Die „Theater-Flatrate“ ist mit einem Euro im Semester nahezu ein Geschenk und echt empfehlenswert, auch wenn es unschön ist, dass die Befragung mit der Urabstimmung erst nach der Erhöhung des Sozialbeitrags stattfindet. „metropolradruhr“ ist ein gutes Projekt, um die Verkehrsproblematik im Gebiet etwas zu entspannen und der Betrag von 1,50 Euro ist noch vertretbar.

B.I.E.R.: Wir werden den Studierenden detaillierte Informationen zu den Verträgen anbieten, damit sie sich ein umfassendes Bild machen können. Es ist aber ganz nüchtern betrachtet so, dass sich die Verträge für einzelne, wenige Studierende lohnen – für die ganze Studierendenschaft ist es eher noch ein Draufzahlen. Wir haben uns im letzten StuPa konstruktiv eingebracht, um größeren Schaden von der Studierendenschaft abzuwenden. Gerade den Aufbau des metropolradruhr-Projektes aus Studierendengeldern sehen wir kritisch.

IL: Unser Vertrag mit „Metropolradruhr“ und die Theater-Flatrate halten wir für unheimlich

RCDS: Die Idee ist grundsätzlich zu unterstützen, es wird aber von der expliziten Umsetzung abhängen, ob dies nur als eine nette Imagekampagne durchgeht oder ein Grundverständnis von Offenheit und friedlichem Miteinander vermittelt.

B.I.E.R.: Beim Biergenuss haben Vorurteile nichts verloren, ebenso wenig in den nüchternen Stunden des Tages. Von daher ist der Name der Kampagne erstmal selbstverständlich für uns. Mal sehen, was daraus gemacht wird.

JuLis: Finden wir super.

ReWi: Wir finden es begrüßenswert, dass auf Missstände hingewiesen wird und auf deren Beseitigung hingearbeitet wird. Extremismus muss jedoch allgemein angeprangert werden; unabhängig von der politischen Richtung, aus der er kommt.

IL: Die jüngsten Ereignisse um einen Neonazi-Kader an unserer Uni haben gezeigt, dass diese Kampagne dringend nötig ist. Die Gefahr, die von Rechtsradikalen ausgeht, wird in unserer Gesellschaft leider noch an vielen Stellen unterschätzt oder verharmlost. Wir begrüßen diese Kampagne daher und würden sie tatkräftig unterstützen.

wichtige und konstruktive Meilensteine, die unsere AStA-Koalition initiiert und ausgearbeitet hat. Wir können jedem Studierenden nur wärmstens empfehlen, mit „Ja“ abzustimmen. Die Vorteile sind einfach nicht von der Hand zu weisen.

LiLi: Wir begrüßen Mobilitätskonzepte und Kulturprogramme, sehen allerdings die Notwendigkeit einige Kritikpunkte anzuführen. Die Theaterflatrate klingt erst mal nach einer guten Sache. Vor allem für das Schauspielhaus, denn dieses „erwirtschaftet“ durch den jetzigen Vertrag ca. 40.000 Euro im Semester. Die Unterstützung des sowieso schon subventionierten Schauspielhauses trägt dazu bei, unabhängige Theater zu verdrängen und die kulturellen Angebote Bochums einzuschränken. Es muss also über eine Theater-Flatrate gesprochen werden, die im Dialog mit mehreren Kulturstätten stattfindet. Eine Problematik mit der metropolradruhr besteht darin, dass die RUB-Infrastruktur für die Nutzung von Fahrrädern kaum geeignet ist. Da wir eine Pendleruni sind, hätten wir das Augenmerk auf den Ausbau der U35 oder der Buslinien gelenkt, denn nicht alle Studierenden wollen oder können die Fahrräder überhaupt nutzen. Was beide Verträge gemein haben, ist die Tatsache, dass über die Köpfe der Studierenden hinweg über deren Gelder entschieden wurde.

KLIB: Die Theater-Flatrate halten wir prinzipiell für eine gute Idee, da das kulturelle Angebot für die Studis durch diese essentiell bereichert wird und auch der Vertrag mit „metropolradruhr“ ist aufgrund des ökologischen Faktors nicht unvorteilhaft – ein paar Einzelheiten sehen wir jedoch noch immer kritisch. Auf unserer HP listen wir die potenziellen Vor- und Nachteile der jeweiligen Angebote auf und möchten es allen Studis selbst überlassen, die für sie beste Wahl zu treffen.

bszimpresum

bsz – Bochumer Stadt- und Studierendenzzeitung
Herausgeber: AStA der Ruhr-Universität Bochum – der Vorstand: Tim Köhler, Simon Gutleben u. a.

Redaktion dieser Ausgabe: Johannes Opfermann (joop), Benjamin Trilling (bent), Marek Firlej (mar), Lina Nagel (LiNa), Ulrich Schröder (USch), Dagmar Hornung (dh)
V.i.S.d.P.: Marek Firlej (Anschrift s. u.)
Auflage: 3.000

Druck: Druckwerk, Dortmund
Anschrift: bsz, c/o AStA der Ruhr-Universität Bochum, SH Raum 081, Universitätsstr. 150, 44780 Bochum
Fon: 0234 32-26900; **Fax:** 0234 701623
E-Mail: redaktion@bszonline.de
WWW: www.bszonline.de

Die Artikel spiegeln nicht unbedingt die Meinung der gesamten Redaktion wider, sondern sind in erster Linie Werke ihrer VerfasserInnen.

bszurnenfinder

Wer darf wählen – wann und wo?

Die Wahl zum 47. Studierendenparlament an der RUB findet in der Zeit vom 13. bis 17. Januar 2014 statt. An den Wahltagen dauert die Wahlzeit jeweils von 9 Uhr bis 16 Uhr. Die Wahlorte für die Studierenden der jeweils nachstehenden Fächer sind folgende:

CIP Insel IC 03: Fakultät für Maschinenbau, Fakultät für Bauingenieurwesen

Cafeteria ID: Fakultät für Elektrotechnik und Informationstechnik, Angewandte Informatik

Cafeteria NA: Fakultät für Physik und Astronomie, Fakultät für Mathematik, Fakultät für Geowissenschaften, Arbeitswissenschaften, Deutschkurs, Studienkolleg

Cafeteria NC: Fakultät für Chemie und Biochemie, Fakultät für Biologie und Biotechnologie, Neuroinformatik, Neuroscience

Cafeteria MA: Medizinische Fakultät

Cafeteria GA: Fakultät für Evangelische Theologie, Fakultät für Katholische Theologie, Fakultät für

Philosophie, Pädagogik und Publizistik, Fakultät für Psychologie, Fakultät für Geschichtswissenschaft

Cafeteria GB: Fakultät für Philologie, Fakultät für Ostasienwissenschaften

Cafeteria GC: Juristische Fakultät, Humanitäre Hilfe, Fakultät für Wirtschaftswissenschaften, Fakultät für Sozialwissenschaft, Organisational Management, Development Management

SportlerLounge (Gesundheitscampus Nord, Haus Nr. 10): Fakultät für Sportwissenschaft

Wahlberechtigt sind die Mitglieder der Studierendenschaft, die am 06. Januar 2014 an der Ruhr-Universität eingeschrieben sind. Die Zugehörigkeit zu einem Wahlort richtet sich nach dem von der Ruhr-Universität geführten ersten Studiengang.

Wählen per Brief

Es besteht die Möglichkeit der Briefwahl. Der Antrag auf Aushändigung der Briefwahlunterlagen muss mit dem dafür vorgesehenen Vordruck oder formlos bis zum 9. Januar 2014

bei dem Wahlleiter der Studierendenschaft (c/o AStA), Universitätsstr. 150, 44780 Bochum, eingegangen sein. Die Stimmabgabe durch Briefwahl muss spätestens am 17. Januar 2013 bis 16 Uhr beim Wahlleiter abgegeben worden sein.

Die Unterlagen können entweder im Raum GB 02/60 bis spätestens 16 Uhr abgegeben werden oder im AStA-Sekretariat, Raum SH 005, bis 10 Uhr eingereicht werden. Außerdem ist zu beachten, dass bei postalischer Zusendung die Unterlagen bis Donnerstag, den 16. Januar abgeschickt werden sollten, da der Briefkasten des Wahlausschusses am Freitag, den 17. Januar 2014 letztmalig um 12 Uhr geleert wird.

Wann und wo wird ausgezählt?

Die Auszählung kann am Abend des 17. Januar 2014 ab ca. 17 Uhr im Hörsaal HGC 10 an der RUB verfolgt werden.

Quelle: Wahlbekanntmachung des Wahlleiters, www.stupa-bochum.de